

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Zeitungspreis: 25 Pfennig 40 Wochenentgelt. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennig. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Wochenentgelt, die Reklameweile 35 Wochenentgelt. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Ur. 35.

Altensteig, Mittwoch den 11. Februar.

Jahrgang 1925

Dr. Luthers Kölner Rede

Köln, 10. Febr. Bei seinem Besuch im Rheinland hielt Reichkanzler Dr. Luther nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer, in der dieser der Enttäuschung über die Nichträumung der Rheinlandzone Ausdruck gab, folgende politische Rede:

Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, des Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung. Um dies Ihnen auszusprechen, obwohl es für jeden Deutschen selbstverständlich ist, bin ich zu Ihnen gekommen. (Bravo!) Wir haben die letzten deutschen Worte des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer gehört. Sie werden gehört im Ausland und werden Widerhall finden in ganz Deutschland. Dieses wird mit dem Rheinland immer Treue und Treue tauschen. Herr Oberbürgermeister! Sie haben gesprochen von der Not, die heute im besetzten Gebiete herrscht, und haben Ausdruck gegeben der berechtigten Empörung des besetzten Gebietes darüber, daß die Weisheit des Vertrages von Versailles über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht ausgeführt wurde. Die deutsche Reichsregierung verfolgt erneut jene Not des besetzten Gebietes im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon so manches Jahr dieses Gebiet für ganz Deutschland leidet. Da ist selbstverständliche Politik der deutschen Reichsregierung die folgende: Wir haben in unserer Arbeit dafür gesorgt, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz werden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollziehen. (Bravo!) Der deutsche Reichkanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage uns nicht mitgeteilt wurden. Der Tatbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt wurden. In Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, berechnete Anstände, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entwaffnung erhoben werden oder sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, aufs schnellste auszuräumen. Das Ziel von Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein schnelle Räumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erwirbt, was ihm nach dem Vertrage von Versailles zusteht. (Bravo!) Der Herr Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat ausgeführt, der ganze Verlauf der Erörterungen über die Räumung zeige klar, daß die Räumung nunmehr mit anderen nicht im Vertrage von Versailles als Vorbedingung der Räumung festgelegten Umständen verknüpft wird. Ich habe in meiner Rede, die ich am 30. Januar vor den ausländischen Journalisten, also vor der Weltöffentlichkeit, gehalten habe, an den französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: Ist der französische Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Beseitigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist? Ich habe auf diese Frage eine Antwort bis heute nicht bekommen. (Hört! Hört!) Wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entwaffnungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden soll, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustande kommt. Ich kann nicht annehmen, daß in dieser Auffassung die Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck kommt. Immerhin muß ich bei der begründeten Benurteilung, die über diese Frage nicht nur im besetzten Gebiet, sondern in ganz Deutschland besteht, folgendes bemerken: Ich habe namens der deutschen Reichsregierung ausgesprochen, daß die deutsche Reichsregierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten. Sollte man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrage von Versailles findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!) Der Gedanke würde obendrein den Niederbruch der juristischen und moralischen Grundlage für das Zusammenleben der Völker überhaupt bedeuten. (Sehr richtig!) Es wäre nicht nur das Gegenteil des Geistes, der zur Genugtuung Deutschlands in dem Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist, sondern es wäre überhaupt das Gegenteil des Gedankens

internationaler Vereinbarungen, das Gegenteil des Gedankens der Sicherheitsverträge selbst, denn auch diese Sicherheitsverträge müssen eben, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, unter dem Gesichtspunkt der Achtung vor Verträgen stehen. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtspunkt der Achtung vor Verträgen müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich auf die Räumung der nördlichen Rheinlandzone beziehen und in denen von Sicherheitsbedingungen nichts enthalten ist.

Es ist die Frage angeschnitten worden, ob alle Deutschen sich der Tragweite bewußt sind, worum es sich bei der Frage der Nichträumung handelt. Es ist nicht ohne zustimmenden Zuruf aus der Versammlung bemerkt worden, daß in den besetzten Gebieten öfter die Auffassung vertreten werde, als habe nicht ganz Deutschland in gleicher Weise die Schwere der Frage gefühlt. Ich habe lange genug an den Grenzen des besetzten Gebietes gelebt und in engster Zusammenarbeit mit dem besetzten Gebiet gestanden, um die Zustimmung zu verstehen, die eine solche Fragestellung hervorruft. Es ist gewiß richtig, daß gerade auch die Leiden des Alltags, die für das besetzte Gebiet eine so große Rolle spielen, nicht in ihrer ganzen Schwere überall in Deutschland mitempfunden werden. Aber, so sehr es auf der einen Seite auch Aufgabe der Reichsregierung ist, immer mehr dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Deutsche sich aufs engste in jeder Beziehung verbunden fühlt mit seinem Vorgesetzten und mit dem Rheinland, so muß ich doch auf der anderen Seite aussprechen, daß von der ungeheuren Bedeutung der großen Frage, um die es sich jetzt handelt, das ganze deutsche Volk weiß und mit Sicherheit und wird es von Tag zu Tag mehr wissen, daß es sich bei der Lösung der Kölner Frage, bei der Lösung der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone, nicht um eine Frage des besetzten Gebietes, sondern um eine Frage Deutschlands handelt. (Sehr richtig!) Herr Oberbürgermeister Adenauer hat die Freundlichkeit gehabt, seine Ausführungen in ein Hoch auf den gegenwärtigen Reichkanzler ausklingen zu lassen. Ich sehe darin eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Ziel der Politik, das sich die gegenwärtige Reichsregierung stellt, denn es handelt sich ja nicht um die Person, sondern es handelt sich darum, ob wir die geeignete Form gefunden haben, Deutschlands Willen zur Geltung zu bringen. Gerade aus dem Geiste heraus, den ich im Rheinland finde, aus dem Geiste, der das Gesamtdeutschland über kleine und kleinliche Zwistigkeiten hinwegheben will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an ganz Deutschland richten, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für ihre Arbeit frei zu öffnen. Dazu rechne ich auch, daß die häßlichen Verleumdungen, die zwischen die Mitglieder des Kabinetts zu fließen, eingestellt werden. (Bravo!) Dazu rechne ich auch, daß die Gegnerschaft gegen das Kabinett nicht ausartet in eine geschlossene Feindschaft.

Wenn wir nicht die Grundlage für unsere Zusammenarbeit überhaupt verlieren wollen, dann müssen wir im parlamentarischen Zusammenleben auch lernen. Gegnerschaften nur sachlich zu gestalten. Opposition darf aber nicht sein Feindschaft. Und wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und sich auf eine Mehrheit stützen muß, wenn sich gerade darin der parlamentarische Grundgedanke unseres Staatslebens auswirkt, so lege ich doch ebenso großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung keinen Ausschluß der anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind in staatsbeherrschendem Sinne mitzuarbeiten. (Bravo!) Und da die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu solcher staatsbeherrschender Mitarbeit bereit ist, so ist es gerade in der Stunde der Not Aufgabe des führenden Reichkanzlers, nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß die deutsche Willensbildung sich auf so breiter Grundlage vollzieht wie irgend möglich, denn gerade mit solcher Arbeit wird man auch am besten dem großen Ziel der Befriedigung dienen, um die es sich für uns jetzt als erste Aufgabe handelt. (Beifall.) Und noch einmal bitte ich, von mir sprechen zu dürfen, diesmal in ganz persönlicher Form: Herr Dr. Adenauer hat gesagt, ich hätte in den Rheinlanden meine zweite Heimat gefunden. Es ist mir Stolz und Freude, mich in dieser Stunde und an diesem Ort zu dieser Auffassung zu bekennen. (Beifall.) Ich werde die Arbeit, die ich im Ruhrgebiet habe leisten können und die ich an den Rhein geknüpft hat, nie vergessen. Ich habe nicht nur gesehen, ich habe erlebt, wie in den Rhein- und Ruhrgebieten der deutsche Geist, der die deutsche Nation ausmacht, in den Rhein- und Ruhrgebieten zum Ausdruck gekommen ist. Ich möchte

ihres Sein ist ausgedrückt in der Kultur des Rheinlandes, die älter als ein Jahrtausend ist, die aus dem Werdegang des deutschen Volkes nicht hinweggedacht werden kann und die ihren Ausdruck gefunden hat in unzähligen äußeren Gütern, die jedem Deutschen lieb sind, aber auch in unzähligen geistlichen Werten, die eng verflochten sind mit dem deutschen Wesen überhaupt. Und deutsches Werden das ist das, was sich vollzieht auf dem Boden des Industriegebietes, nicht beschränkt auf das Ruhrland, obwohl es dort am kräftigsten und am produktivsten zum Ausdruck kommt. Das sind die großen Fragen, wie wir in dieser technisch gewordenen Welt die Möglichkeit finden, dem deutschen Volke eine neue dauernde Stätte der Entwicklung zu geben. Da sind die großen Probleme wirtschaftlicher Art lebendig. Probleme, die uns fesseln, die für uns nicht nur die Möglichkeit bedeuten, überhaupt zu erfüllen, wozu wir uns verpflichtet haben, sondern ohne die ein weiteres Ausleben, ein weiterer Aufstieg des deutschen Volkes überhaupt unmöglich ist. Aber Probleme wirtschaftlicher Art sind eng verflochten mit den Problemen sozialer und menschlicher Art. Wer von uns im Ruhrgebiet gelebt hat, der kennt die Fragestellung, die darauf abzielt, das Zusammenleben großer Menschenmassen, die jetzt fleißig die Hände rühren, zu ermöglichen unter ganz neuen Lebensbedingungen, unter Bedingungen, die zum Teil erst vor Jahren Wirklichkeit geworden sind, der weiß, daß es sich hier um die soziale Frage handelt, deren Lösung die besten deutschen Kräfte erfordert. Hier in Köln, hier im Angesicht des Kölner Doms fordere ich Sie auf, mit mir zu rufen: So lebe der deutsche Rhein! Der deutsche Rhein er lebe hoch, hoch, hoch! Die Versammlung erhebt sich und stimmt begeistert dem unter Beifall und Händeklatschen ein.

Dr. Luther in München

München, 10. Febr. Unmittelbar nach seiner Ankunft in München begab sich der Reichkanzler Dr. Luther in Begleitung des Ministerpräsidenten Held und des bayerischen Gesandten in Berlin Dr. von Preger in das Ministerium des Innern. Dr. Held gab in einer Ansprache dem Wunsch Ausdruck, daß es dem Kanzler gelingen möge, das deutsche Volk aus der schweren Zeit in eine bessere Zukunft hinführen zu können. Der Reichkanzler betonte, daß er in einer ersten und sachlichen Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte des Reiches die beste Gewähr dafür sehe, die bevorstehenden schweren Aufgaben zu lösen. Darauf begab sich der Kanzler in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Innenministers in das Landtagsgebäude, wo der Landtagspräsident in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden und des Landtagspräsidentiums dem Kanzler mit einer Ansprache willkommen hieß, in der er dem Wunsch Ausdruck gab, daß die staatspolitischen Rechte der Länder gewahrt werden möchten. Der Reichkanzler gedachte in seiner Erwiderung der Bedeutung einer engen Zusammenarbeit der Regierung mit den Volksvertretungen, um dem Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit zu dienen. An den Empfang des Landtages schloß sich ein Empfang der Vertreter der Münchener und auswärtigen Presse an. Vom Landtag aus begab sich der Reichkanzler in das Münchener Rathaus, wo ein Empfang durch die beiden Oberbürgermeister Schwarznagel und Dr. Küfner und die Vertreter der Stadtratsfraktionen im Repräsentationssaal stattfand. Nachdem der Reichkanzler sich in das Gedächtnis der Stadt München eingetragen hatte, gab die Stadtverwaltung zu Ehren des Kanzlers ein Frühstück.

Die Berliner Schandale.

Das große Reinemachen in Berlin hat zwar begonnen. Ein Berliner Blatt meint aber, daß erst ein Fünftel des gesamten Materials veröffentlicht worden sei. Wie das Berliner Tageblatt meldet, ist gegen Dr. Höfle als früherer Postminister die Anklage wegen Amtsuntreue und passiver Bestechung erhoben worden. Ueber die Geschäfte der Depositen- und Handelsbank wird noch folgendes bekannt: Das Aufsichtsratsmitglied Dr. Fleischer, der frühere Zentrumsabgeordnete, hat als Provision am Goldgeschäft weit über 100 000 Mark erhalten. Eine von ihm am 21. Dezember 1923 ausgestellte Quittung hat folgenden Wortlaut: Mark 51 016 592 Millionen (Einundfünfzigtausend sechzehn Billionen 592 Millionen Provision) für Goldgeschäft vom 27. 10. 1923 bis 12. 23 von der Depositen- und Handelsbank erhalten. Es wurde über dem an Fleischer am 4. Januar 1924 500 000 Mark ausgehändigt, für die auch eine Quittung vorhanden ist. Unter den Auktionsgebern der Depositen- und Handelsbank figuriert letz-

ner das „Allgemeine Politische Informationsbüro“ mit 50 000 Mark, wofür Quittungen vorhanden sind. Außerdem befindet sich unter den Ausgaben ein Konto „Kostz Senarat“, welches mit allen möglichen Summen belastet ist und ab 17. Dezember die Höhe von 2 Millionen Goldmark erreicht. Es konnte bisher nicht festgestellt werden, wem diese ungeheuren Summen zugeflossen sind, und es würde sowohl für das Finanzamt als auch für die Staatsanwaltschaft eine dankbare Aufgabe übrig bleiben, dieses „schwarze Konto“ zu enthüllen. Der Gesamtschaden des Reiches dürfte mit weit über 10 Millionen Goldmark zu veranschlagen sein.

Im preußischen Untersuchungsausschuss gehen die Zeugenerhebungen weiter, wobei es am Montag zu scharfen Zusammenstößen mit dem Ministerialdirektor Dr. Fall und dem Zeugen Klinikhammer kam. Es ist natürlich kein gesunder Zustand, daß in diesem Untersuchungsausschuss die mitbelasteten Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums selbst als Richter und Kläger sitzen. Und so sagt man denn in Berlin bereits, daß die ganze Sache wie das Hornberger Schießen ausgehen dürfte. Auch die Justizbehörden haben Einwände, daß die Parlamentarier mit ihrem Untersuchungen mehr verbeden als die Gerichtsbehörden wünschen, weshalb die Akten nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Bedeutungsvoll ist noch folgender Vorgang in der sozial. Partei: Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller, der zurzeit eine außerordentliche Professur für Gewerkschaftswesen an der Berliner Universität bekleidet, ist aus der sozialdemokr. Partei ausgetreten. Er hat sein Mitgliedsbuch dem Parteivorstand mit einem Schreiben zurückgeschickt, in dem er ausführt, er hätte seit 30 Jahren, seit seinem 20. Lebensjahre, der Sozialdemokratie angehört, müsse aber sich von ihr trennen, nachdem sie seine wiederholten Warnungen in den Wind geschlagen hätte, ohne jassches Mittel die Elemente auszuschneiden, die sich in Geschäftsverbindungen mit den Brüdern Barbat eingelassen hätten.

Neues vom Tage.

Marz preußischer Ministerpräsident

Berlin, 10. Febr. Bei der Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten wurden 444 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Marz 219 Stimmen, Finanzminister a. D. von Richter 153 Stimmen, Körner (Nat. Soz.) 11, Kries 43, v. Campe 1, Radendorff (Wirtsch. Part.) 16. Da keiner die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat, erfolgt Stichwahl zwischen Marz und v. Richter.

Bei der Stichwahl wurden abgegeben 445 Stimmen. Es erhielten Marz 223 Stimmen, v. Richter 162 Stimmen. Ungültig waren 43, unbeschrieben 17 Zettel. Damit ist Marz zum Ministerpräsidenten gewählt.

Wahl des preußischen Landtagspräsidenten

Berlin, 10. Febr. Bei der Wahl des preußischen Landtagspräsidenten wurden abgegeben 441 Karten. Davon waren 14 ungültig und 4 weiße Stimmzettel. Auf den Abgeordneten Bartels (Soz.) entfielen 215, auf den Abg. von Kries (Dntl.) 182 Stimmen. Der Abgeordnete Bartels ist hiermit endgültig zum Landtagspräsidenten gewählt. Dann erfolgte durch Zuzug die Wahl des Vizepräsidenten. Erster Vizepräsident wurde Abg. von Kries (Dntl.), zweiter Borch (Ztr.), dritter Garnick (D.B.).

Konturs Rutieler

Berlin, 10. Febr. Laut „Täglicher Rundschau“ hat das Amtsgericht Charlottenburg den Konturs über das Rutieler Vermögen eröffnet. Die angemeldeten Forderungen belaufen sich auf rund 30 Millionen Mark, sodaß, wie das Blatt erklärt, mit dem Verlust der Kredite der Preußischen Staatsbank gerechnet werden müsse.

Ingeborg.

19

Roman von Fr. Lehmann.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale G. Ackermann, Stuttgart.

Dietrich Steined konnte die Zeit kaum erwarten, bis er wieder in seine Garnison zurückkehren konnte.

Nun er auch räumlich getrennt von Ingeborg war und nicht mehr die Luft derselben Stadt mit ihr atmete, ward er sich doppelt bewußt, wie stark der Haider war, den dieses Mädchen auf ihn ausübte.

In der ihm etwas langweiligen, üblichen, feierlichen Weise wurde das Weihnachtsfest auf Watersburg begangen. Er hätte das Zusammensein mit den Eltern viel mehr genießen können, wenn nicht die verwitwete Schwester seiner Mutter, die Gräfin Wiettenbach, zugegen gewesen wäre. Er empfand für diese Verwandte nicht die geringste Sympathie. Im stillen verglich er sie mit der Baronin Franzius, dieser so klugen, vorurteilslosen Frau, der alle starren Standesunterschiede so gänzlich fern lagen! Für Fante Wiettenbach war der Gotha'sche die Haupt- und Lieblingslektüre, und ihre größte Genugtuung war, an hervorragter Stelle mit erwähnt zu sein. Von allen Familien mußte sie die Verhältnisse; nicht der kleinste Tadel am Stammbaum war ihr unbekannt, und mit Vorliebe sprach sie darüber.

„Es ist zum Auswachen“, dachte Dietrich manchmal, während er höflich ihren Ausführungen lauschte. Valerius, der Cousine, entgegenkommendes Wesen wollte er nicht bemerken. Er war galant und ritterlich, aber doch haßte ihm eine gewisse Reserve an ihr gegenüber.

Er mochte dieses blonde, üppige Mädchen mit den kalten, neugierigen Augen nicht. Deshalb war er ablehnend gegen die geäußerten Wünsche seiner Mutter, die eine Ver-

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Febr.

Die Beratung am Montag wandte sich den Abschnitten Tarifverträge, Lohn- und Einigungswesen zu. Während die Redner der Deutschnationalen und der Volkspartei sich gegen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen wandten, betonten die Redner des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten die Notwendigkeit, daß der Staat in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreift, da es im öffentlichen Interesse liege, daß Lohnkämpfe vermieden werden und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf einer angemessenen Höhe bleibe. Schließlich wurden die über die Beschlüsse des Ausschusses hinausgehenden Anträge in der Erwerbslosenfürsorge abgelehnt. Hierauf wurde die Weiterberatung des Haushalts unterbrochen und die zweite Beratung des Wirtschaftsabkommens mit Siam, die am Samstag wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochen werden mußte, fortgesetzt. Zur Abstimmung steht der grundlegende Artikel 1, der die Zustimmung zu dem Abkommen enthält. In der Debatte kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Deutschnationalen einerseits sowie den Demokraten und Sozialdemokraten andererseits, die den Deutschnationalen Verantwortungslässigkeit vorwerfen. Die Abstimmung über Artikel 1 ergibt die Annahme der Vorlage mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die National-Sozialisten. Die Vorlage wird alsdann auch in der dritten Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen, ebenso die Entschließung zugunsten der Siam-Deutschen.

Berlin, 10. Febr.

Am Dienstag gab zu Beginn der Sitzung Abg. Becker-Hessen (D.B.) eine Erklärung ab, die sich gegen Angriffe des „Berliner Tageblatts“ im Zusammenhang mit Krediten wendet, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gegeben worden sind.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) bittet, ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Präsident Löbe erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten eingereicht werden müßte.

Endgültig verabschiedet wird ein Gesekentwurf über die Fortgewährung der Reistbegünstigung an die Tschschistowaki. Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums fortgesetzt.

Abg. Frau Behm (Dntl.) fordert baldige Verlegung des Heimarbeiterlohngesetzes.

Abg. Frau Sander (Soz.) wünscht, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeitnehmervertreter zugezogen werden.

Ministerialdirektor Signer erklärt, die Tätigkeit des Schlichters habe sich durchaus bewährt.

Ueber die Frage der Ausschuhüberweisung eines sozialdemokratischen Antrages auf Bewilligung von 20 000 Mark für die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. muß Auszählung erfolgen, da die Abstimmung zweifelhaft bleibt. Mit 189 gegen 94 Stimmen wird Verweisung an den Hauptauschuh beschlossen.

Es folgt die Besprechung des Abschnittes Wohnungs- und Siedlungsweisen und zwar zunächst des Wohnungswesens.

Abg. Silberstein (Soz.) betont, daß auch hier Bestrebungen im Gange seien, die alten Zustände der ungebundenen Wohnungswirtschaft wieder einzuführen.

Abg. Binnefeld (D.B.) erklärt, die Wohnungsfrage dürfe nicht nach politischen Motiven behandelt werden und Redner fordert Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Abg. Eichhorn (Komm.) stellt fest, daß die Not der Mieter tausendmal größer sei als die der Hausbes.

Abg. Bartschat (Dem.) hofft, daß noch eine Verständigung zwischen Hausbesitzer und Mieter möglich ist. Eine Aenderung der Wohnungszwangswirtschaft müsse auf jeden Fall erfolgen.

bindung Dietrichs mit Valerie sehr gern gesehen hätte. Aus der von den drei Frauen so sehr gewünschten Verlobung war es sehr zu deren Enttäuschung noch nichts geworden, und mit einem Gefühl der Erleichterung hatte Dietrich Watersburg verlassen.

„Pünktlich um acht Uhr“, hatte Frau von Franzius gebeten, und er befolgte diese Aufforderung so genau, daß er der erste der Gäste war!

Die Zimmer waren mit Tannenzweigen geschmückt, und im Salon brannte der Weihnachtsbaum. Die Baronin war in strahlender Laune; man sah ihre Freude, und jeder gab sein Bestes zur Unterhaltung. Bei Tische saß Dietrich neben Ingeborg, die ihm heute ernster als gewöhnlich erschien. Er beobachtete sie und merkte, daß ihre Gedanken anderswo weilten. Schließlich fragte er halblaut: „Woran denken Sie, gnädiges Fräulein?“

Fast erschreckt blickte sie zu ihm auf.

„Es war das erste Mal, daß er eine solche Frage an sie richtete, und vorhin schon, bei ihrem Eintritt, hatte sie gesehen, wie es in seinen Augen freudig aufgelaucht hatte, wenn auch seine Begrüßung wie üblich war.“

„Ich dachte an zu Hause, Herr Baron“, entgegnete sie. „Und weshalb feiern Sie Silvester nicht dort? Sie hätten sicher, wenn auch zum Bedauern aller Kunstfreunde, Urlaub bekommen!“

Da sah sie ihn groß an.

„Weil mir das Elternhaus verboten ist — ich habe keine Heimat mehr!“ Ihre Stimme bebte, und in ihren Augen glänzten Tränen.

„Weil Sie doch zum Theater gegangen sind?“

Sie nickte. „Ja, mein Vater ist unterförmlich! Und die Mutter tut mir so leid, besonders an solchen Tagen wie heute! Wir sehen uns ja in jedem Monat einmal; die Reise zu mir verbietet ihr Vater nicht, wenngleich sie nie-

Abg. Könnenburg (Dem.) betont, daß Voraussetzung für die Befreiung der Zwangswirtschaft eine umfassende Ausbautätigkeit sei. Redner verlangt weiter ein Bodenreformgesetz, um der Bodenpekulation entgegenzutreten.

Abg. Steiniger (Dntl.) wünscht planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft und gewisse Einheitlichkeit in der Anwendung der Mietzinssteuer.

Abg. Zeriffen (Britsch. Vg.) erklärt, mit einem Sprung könne man mit der Zwangswirtschaft nicht zur freien Wirtschaft übergehen.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß die Regierung bestrebt sein werde, auf eine Einheitlichkeit der Mietzins in den Ländern hinzuwirken. Hierauf wird weitere Beratung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 10. Febr. Am Dienstag setzte der Landtag die Beratung des Kultetats fort beim Kapitel Höhere Schulen. Abg. Heymann (Soz.) weist auf die Schädigung des Schulwesens durch den zu weitgehenden Personalabbau hin und tritt für 4jährige Dauer der Grundschule ein, im Gegensatz zum Antrag des Finanzauschusses, der für Begabte nur dreijährigen Grundschulbesuch fordert. Abg. Hieber und Gen. (Dem.) nehmen ihren Antrag wieder auf, den Ausschuh Antrag so zu stellen, daß die vierjährige Grundschule grundsätzlich festgehalten wird. Abg. Bod (Ztr.) wünscht, daß der kath. Religionsunterricht innerhalb des Stundenplanes erteilt und daß katholische Schüler nicht evangelische Choräle im gemeinsamen Gesangsunterricht singen müssen. Abg. Dr. Hieber begründet seinen Antrag. Wenn er abgelehnt würde, müßte die Deutsche Demokratische Partei auch den Antrag des Ausschusses ablehnen. Abg. Frau Rist (Ztr.) wünscht Trennung der Geschlechter beim Turn- und Schwimmunterricht und st.liche Reinhaltung der Aufführungen. Abg. Mergentaler (D.B.) tritt für den Antrag Hieber ein, ist aber dafür, daß Begabte schon nach drei Jahren aus der Grundschule ausscheiden können. Abg. Roos (B.V.): Die Grundschule ist auf den Weg moralischer Erwerbungen zu verweisen und was sonst auf der höheren Schule möglich ist, eine Klasse insofern Begabung und Leistung zu überspringen, muß auch bei der Grundschule möglich sein. Redner tritt dann für das humanistische Gymnasium ein, besonders auch für Musikpflege. Abg. Pollich (Ztr.) tritt für vierjährige Grundschule ein und wendet sich gegen das Ueberpringen des vierten Jahres. Abg. Dr. Egelhaaf ist mit der vierjährigen Grundschuldauer einverstanden, sieht aber im Antrag Hieber einen Gegenstand, der gar nicht zur Entscheidung steht. Abg. Spröhnle (B.V.) legt nahe, nach heutigem Vorgang die Schulzeit bis zur 5. Klasse auf die Zeit bis 1 Uhr mittags zu erstrecken und den Nachmittagsunterricht wegschaffen zu lassen. Dr. Schermann (Ztr.) ist für Ueberpringen des 4. Schuljahres bei Begabten. Abg. Brönnele (Komm.) sieht in der Debatte nur die Unzulänglichkeit der höheren Schule.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 11. Februar 1925.

Verteilung von Zuschüssen an die Gemeinden. Der Steuerverteilungsausschuh hat in einer Sitzung über die etwa 920 Gesuche von Gemeinden und Teilgemeinden um Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock beraten. Es wurde ein Arbeitsauschuh gebildet, der an der Hand einiger Gesichtspunkte Anträge bezüglich einer endgültigen Verteilung stellen soll. Die Ansprüche der Gemeinden und Teilgemeinden betragen 7,7 Millionen Mark, zu ihrer Befriedigung reichen voraussichtlich am 1. April d. Js. rund 2 Millionen Mark zur Verfügung. Der Ausschuh ist der Ansicht, daß der Ausgleichsstock mit seinen beschränkten Mitteln nur zur Erleichterung der notwendigen ordentlichen (laufenden) Lasten dienen kann und zur Befriedigung außerordentlicher, wenn auch nützlicher, Zwecke nicht ausreicht.

malß von mir sprechen darf; sie leidet sehr unter diesem Zwiespalt.“

„Wie geht es Ihrer Freundin, Fräulein Hedi Boden?“ fragte er ein wenig lächelnd, und sie errötete etwas, indem sie daran dachte, daß sie durch Hedi Dietrichs Bekanntschaft gemacht.

„Es geht ihr gut. Sie ist fast zwei Jahren Friedel Bauers Frau, wenn Sie sich seiner noch erinnern —“

„O ja, sehr gut! Er machte mir damals viel Spaß mit seiner großen Eiferjacht.“

„Hedi ist ganz anders geworden. Uebrigens haben sich unsere Beziehungen sehr gelockert, denn eine ehrjame Bäuerersfrau und eine Schauspielerin, das paßt wohl nicht gut zusammen. Nachträglich noch hat sie mir meinen heimlichen Fortgang aus dem Elternhause sehr verdacht.“

„Ah, Sie haben wirklich doch den Mut gehabt? Bitte, erzählen Sie mir — ich war in der Tat sehr überrascht. Sie als Künstlerin auf den Brettern, die die Welt bedeuten, zu sehen.“

Und sie erzählte ihm flüchtig, wie sie dazu gekommen. „Und sind Sie nun zufrieden, da Sie Ihr Ziel erreicht haben?“

„Vollkommen, wenn ich die Verzeihung meines Vaters erlangt habe. Ich zweifle nicht daran, daß mir das doch noch gelingen wird; steter Tropfen höhlt den Stein!“

Die Zeit auf Witternacht rückte näher, nur wenige Minuten noch, dann war wieder ein Jahr hinabgeflunken in das Meer der Ewigkeit.

Es hatte sich aller eine halb wehmütige, halb feierliche Stimmung bemächtigt. Die lustigen Gespräche waren verstummt, und man blickte, die gefüllten Sektgläser in der Hand, nach der Uhr, die eben jetzt den ersten Schlag tat — „Profit Neujahr!“ rief einer dem andern zu, und hell klangen die Gläser aneinander. Fortsetzung folgt.

Vollstreckung von Freiheitsstrafen. Die Länder haben über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen folgende Vereinbarung getroffen: Freiheitsstrafen, die mehr als sechs Wochen betragen, aber die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen, werden auf Ersuchen der zuständigen Strafvollstreckungsbehörde in dem Lande vollstreckt, in dem sich der Verurteilte dauernd oder vorübergehend aufhält. Die Kosten der Strafvollstreckung werden von der ersuchenden Behörde der ersuchten Behörde erstattet. Die Vereinbarungen des Abt. 1 gelten entsprechend für Keitfreiheitsstrafen, die die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen.

Aufhebung der Rentenbankbelastung bei den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben. Die Belastung dieser Betriebe zugunsten der deutschen Rentenbank ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 aufgehoben und es werden die Schuldverschreibungen vernichtet, soweit sie nicht den Unternehmern auf Antrag zurückgegeben werden. Die deutsche Rentenbank macht nun bekannt, daß etwaige Entzüge auf Schuldverschreibungen unter Angabe des zuständigen Finanzamts und der Nummer der Grundstücke E. V. (Industrie) unmittelbar an die deutsche Rentenbank, Berlin S. W. 68, Oranienstraße 108/109 zu richten sind und zwar innerhalb eines Monats, ab 7. Februar gerechnet. Diejenigen Schuldverschreibungen, für die ein Rückgabetermin innerhalb dieser Frist nicht eingeht, werden von der Rentenbank vernichtet, und es wird den betreffenden Unternehmern auf Antrag eine Bescheinigung über die Vernichtung erteilt. Die Verpflichtung zur Entrichtung rückständiger Leistungen (Zinsen) wird jedoch durch die Rückgabe oder Vernichtung der Schuldverschreibungen nicht berührt.

Herabsetzung der Steuerzinsen. Durch Verordnung des Reichsfinanzministers vom 4. Februar 1925 sind die von den Finanzämtern anzufordern Steuerzinsen ab 1. Februar 1925 herabgesetzt worden und zwar: 1. von 18 Prozent auf 12 Prozent jährlich bei nicht rechtzeitiger Zahlung des fälligen Steuerbetrags. Bei Stundungsgewährung gilt Ziffer 3; 2. von 12 Proz. auf 9 Proz. bei Zahlungsausschub fälliger Zölle und Verbrauchsabgaben; 3. von 12 auf 9 Proz. bei Stundung von Steuern. Der Zinsfuß, der bei Bewilligung der Stundung festzusetzen ist, kann bis zu 5 Prozent ermäßigt werden, falls nicht ziellose Stundung gewährt wird. Bei Nummer 1 findet der ermäßigte Zinsfuß auch auf solche Steuerverträge Anwendung, die bereits vor dem 1. Februar 1925 fällig geworden sind, und bei Nummer 2 und 3 wird, wenn für eine vor dem 1. Febr. 1925 gewährte Stundung ein Zinsfuß von mehr als 9 Prozent festgesetzt worden ist, dieser ab 1. Februar 1925 auf 9 Prozent ermäßigt.

Zur Lehrerbildungsfrage. Der „Württ. Lehrerverein“, der „Kath. Lehrerverein“, der „Verein evang. Lehrer“, der „Allgemeine Württ. Lehrerinnenverein“ und der „Kath. Lehrerinnenverein“ hielten am Samstag im Sieglehaus eine Versammlung ab, um zur Lehrerbildungsfrage Stellung zu nehmen. Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Senfert, des Leiters des pädagogischen Instituts an der Technischen Hochschule in Dresden, wurde eine Entschließung angenommen, worin verlangt wird: Die Volksschullehrer erhalten künftig ihre allgemeine wissenschaftliche Bildung an höheren Lehranstalten und schließen sie mit der Volksschule ab; die daran anschließende Fachausbildung ist hochschulmäßig zu gestalten.

Das württ. Justizministerium und der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs. Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf eines allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs vorgelegt. Der Entwurf ist auf Anordnung des Reichsjustizministeriums veröffentlicht worden. Die amtliche Begründung zu dem Entwurf liegt noch nicht vor, wird aber voraussichtlich im März gleichfalls veröffentlicht werden. Von Einholen gutachtlicher Äußerung über den Entwurf glaubt das württ. Justizministerium absehen zu sollen. Dagegen wäre es ihm erwünscht, wenn aus den Kreisen der Justizbeamten und der Rechtsanwälte Anregungen und Vorschläge zu einer etwaigen Verbesserung des Entwurfs zugehen würden. Als Endtermin für diese Äußerungen ist vorläufig der 1. Juni 1925 in Aussicht genommen.

Schwäb. Volksbühne. Den Kartenverkauf in Altensteig zu sämtl. Vorstellungen der Schwäb. Volksbühne in Ragold hat Friseur Weinsteig in Altensteig übernommen.

Ragold, 10. Febr. (2 Arbeitsjubilare. — Familien- und Tanzabend.) Dieser Tage konnte der Geschäftsführer Hugel und der Schreinermeister Hoyer auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Fa. Möbelfabrik Martin Koch hier zurückblicken. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Firma am Samstagabend im „Anker“ zu Ehren der Jubilare eine Feier, wobei sie seitens der Firma beschenkt wurden. Die Musikergesellschaft veranstaltete ebenfalls am Samstag einen wohl gelungenen Familien- und Tanzabend, der ein fröhliches Bild Fastnacht darstellte, wobei auch eine mit Humor reichlich gewürzte Narrenzunft nicht fehlte.

Horb, 9. Febr. (Landw. Bezirksfest.) Letzten Dienstag tagte der Vollausschuß des Landw. Bez.-Vereins im „Sternen“. Auf der Tagesordnung stand vor allem Plan und Vorbereitung des landw. Bezirksfestes. Der in vorbereitender Sitzung des Vorstandes festgelegte Plan fand die volle Billigung des Ausschusses und wurde von sämtlichen Ortsvereinen aktive Beteiligung zugesagt. Die Zahl der heute schon vorgeesehenen Festwagen beläuft sich auf beinahe 40.

Deßelbrunn O. A. Herrenberg, 6. Febr. (Die Kuh im Keller.) Bei einem Bauern rief sich eine vorübergehend in der Scheuer angebundene Kuh los, geriet auf die Falltür des Kellers, diese brach unter der schweren Last des Tieres zusammen und das Tier stürzte in den Keller. Mit großer Mühe konnte es nach geraumer Zeit ziemlich wohlbehalten wieder in den Hausgang heraufgezogen werden.

Birkenfeld, 9. Febr. (Schneller Tod.) Am Samstag starb der 64 Jahre alte Weingärtner Karl Munk in Folge einer unbedeutenden Wunde an der Hand, welcher er keine Beachtung geschenkt hatte. Er stürzte zufällig an einer durch Wegbau verengerten Stelle und verunreinigte die Wunde durch Erde. Es entstand Starrkrampf, der trotz Operation zum Tode führte.

Kapfenhardt, 10. Febr. (Brandfall.) Eine Schreckensnacht liegt hinter uns. Heute früh gegen 3 Uhr brach vermutlich infolge Fahrlässigkeit in dem von drei Familien bewohnten Haus des Zimmermanns Jakob Maile Feuer aus, das bei dem herrschenden Sturm rasch um sich griff, und weiterhin auf das Wohnhaus mit angebauter Scheuer des Goldarbeiters Johannes Klumpp, das noch von dessen Schwiegermutter bewohnt war, übergriff. Beide Gebäude wurden ein Raub der Flammen, da Sturm und Wassermangel das Umfängliche des Feuers beschleunigte, trotz angestrengtester Tätigkeit der hiesigen und der von Grundbach und Biefelsberg zur Hilfe geeilten Feuerwehren.

Leonberg, 10. Febr. (Leonberger Pferdemarkt.) Der heutige Pferdemarkt war außerordentlich gut besucht; namentlich die ländliche Bevölkerung hatte sich zahlreich eingefunden. Zugeführt waren etwa 1200 Pferde. Damit hat der Pferdemarkt eine Größe erreicht, wie er sie seit Jahren nicht mehr besaß. Im Lauf des Vormittags kam das Geschäft noch nicht recht in Gang und bahnte sich erst gegen Abend richtig an. Für schwere Pferde hörte man Preise bis zu 4500 Mark für das Paar.

Wichelbach, O. A. Gerabronn, 10. Febr. (Brand.) In der Doppelscheuer Schmidt-Kochendorfer brach Feuer aus, das in den Strohh-, Heu- und Holzsporräten reiche Nahrung fand. Die Entstehungsurache wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Maulbronn, 10. Febr. (Streik.) In den ausgedehnten Sandsteinbrüchen von hier und Umgebung ruht seit Samstag, teilweise schon seit Freitag, der Betrieb. Infolge Lohnverhandlungen wurde die Arbeit niedergelegt. Ausständig sind etwa 1000 Arbeiter.

Stübingen, 10. Febr. (Brand.) In dem Vorratsgebäude der Firma Brühlinger u. Cie., Dampfziegelei in Oberstübingen brach Feuer aus, durch das der obere Stock des Gebäudes mit seinem Inhalte von Heu- und Futtermitteln sowie an Deponieräten vollständig zerstört wurde.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichsarbeitsminister Braun hat auf ärztliche Anordnung einen mehrwöchigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit antreten müssen, um die Folgen wiederholter Rückfälle einer Nierenentzündung auszuheilen. Seine Vertretung übernahm in allen Teilen Staatssekretär Dr. Geib.

Die Opfer der Pfälzer Separatisten. Im Staatsrats-Ausschuß des Landtags teilte der Innenminister Stübel auf Anfrage mit, daß in der Pfalz durch Handlungen und Maßnahmen der Besatzungstruppen 37, durch solche der Separatisten 22, zusammen also 59 Einwohner bisher ums Leben gekommen sind. Gesundheitlich gefährdet wurden durch Handlungen und Maßnahmen der Besatzungstruppen 87, durch solche der Separatisten 119 Personen, insgesamt also 206.

Königsberger Messe. Die zehnte deutsche Dismesse wird, wie das Resseamt mitteilt, am 15. Februar von Reichskanzler Dr. Luther eröffnet. Auch der Reichswirtschaftsminister Reubaus hat seinen Besuch zugesagt.

Schweres Unglück. In Beziers in Frankreich stürzte während der Löscharbeiten eines Kasernenbrandes eine Mauer ein und begrub 30 Soldaten und Feuerwehrleute unter sich. Bisher wurden 13 Tote und 15 Verletzte aus den Trümmern geborgen.

Geschleierter Dampfer. Der Postdampfer „Gulfoh“ traf in Aberdeen mit 37 Mann der Besatzungen des deutschen Fischdampfers „Wilhelm Jürgens“ und zweier englischer Dampfer ein, die im Sturm an der Küste Islands gescheitert waren. Die deutsche Mannschaft war nach dem Schiffbruch 10 Stunden in einem offenen Boot auf dem Meer umhergetrieben, bevor sie gerettet wurde.

Zusammentritt des Unterhauses. Das englische Unterhaus trat am Dienstag zu einer neuen Tagung zusammen. Es beschäftigte sich zunächst mit der Bestätigung des deutsch-englischen Handelsvertrags, sodann mit einer Reihe von Zusatzkrediten.

Die Königin als Ehrendoktor. Anlässlich des 30jährigen Bestehens der Leidener Hochschule wurde die Königin der Niederlande zum Ehrendoktor der Rechtswissenschaften ernannt.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom Dienstag 10. Februar

	10. Febr.	9. Febr.	10. Febr.	9. Febr.
London 1 Pfund Sterling	20,075	20,075	20,07	20,12
New-York 1 Dollar	4,185	4,205	4,18	4,205
Amsterdam 100 Gulden	168,54	168,25	168,04	169,08
Frankfurt 100 Franken	21,47	21,53	21,41	21,47
Stuttgen 100 Mark	17,38	17,42	17,38	17,42
Kopenhagen 100 Kronen	74,01	74,79	74,51	74,79
Schweden 100 Kronen	80,90	81,10	80,90	81,10

Wirtschaft

Vollstreckung. Die Zahl der Vollstreckungen betrug im September Ende Januar 22 068, gegen Dezember mehr 234. Von dem Umsatz 1923 Millionen Rentenmark sind 818 Millionen Rentenmark baracklos beglichen worden.

Börse

Berliner Börse, 10. Februar. Die Börse war heute etwas freundlicher gestimmt. Nach den harten Rückgängen der letzten Tage war das Bedürfnis nach Glättelungen nicht mehr so dringend, da die Engagements der Creditgeber gesunken haben. Das Geschäft war jedoch sehr still, da es an der Beteiligung weiterer Kreise fehlte. Jedoch konnten nach Beendigung der Glättelungen die Kurse sich etwas beleben.

Frankfurter Börse, 10. Febr. Im Hinblick auf die freundliche Stimmung des letzten Abendvertrages setzte sich bei dem heutigen Börsenbeginn die Besserung auf nahezu allen Gebieten in geringem Umfange fort. Das Geschäft konnte jedoch eine größere Bedeutung nicht erreichen.

Elstener Börse, 10. Febr. Tendenz unbeständig. Der Grundton weiterhin still und schwach. Das Materialangebot war nicht mehr so groß und dringend, aber immer noch reichlich genug, um den Abwärtsdruck bei der Rückzahl der Werte weiter zu fördern.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 10. Februar 1925. Weizen märk. 240-245; Sommergerste 250-270; Wintergerste 215-240; Hafer märk. 188-195; Mais loco Berlin 226-228; je der 1000 Kilogramm. Weizenmehl feinste Marken über Reich (beschl.) 34,25-35,5; Roggenmehl 34,25-36,5; Weizenkleie 16; Honigkleie 16; Hafer 400; Weizen --; Futtergerste 20-24; Hl. Weizenkleie 22-23; Wintergerste 20-22; Weizenkleie 18-19; Weizenrohstoffe 21-22; Weizen 19-20; Weizen, blau 12,5-14,5, gelb 15,5-17; Gerste 16-18,5; Hafer 18,30 bis 19; Weizen 21,5-22; Weizenkleie 9,00-9,50; Weizenkleie 9,00 A. Tendenz: matter.

Märkte

Eintracht, 10. Febr. Schlachtwiehmärkte. Dem Dienstagmarkt am Reich- und Schlachthof waren angeführt: 14 Ochsen (unterteilt 14, 18 (12) Bullen, 212 Jungbullen, 150 Jungkühe, 16 (4) Kühe, 615 Kälber, 570 Schmelze, 14 Schafe. Erbsen und je 1 Str. Weizengetreide: Cöben 1. Sorte 44-48 (best. Markt: 44-47), 2. S. 34-41 (unv.), 3. S. 29-32 (28-31), Bullen 1. S. 48-48 (unv.), 2. S. 38-41 (unv.), 3. S. 32-37 (unv.), Jungkühe 1. S. 34-35 (31-34), 2. S. 41-47 (unv.), Kälber 1. S. 71-73 (70-72), 2. S. 65-69 (65-68), 3. S. 55 bis 62 (54-60), Schafe 1. S. 68-70 (unv.), 2. S. 48-50 (unv.), Schmelze 1. 71-75 (unv.), 2. S. 60-69 (68-70), 3. S. 62-64 (64 bis 67), Samen 22-24 (24-23) A. Verlauf des Marktes mäßig belebt.

Eintracht, 10. Febr. Die ersten neuen Malz-Steuerkartons lieferten im Kleinverkauf 30 A. Tomaten 1,5 A das Pfund, Butter: 1,7 A für Sahnebutter, bis 2,2 A für Schrahbutter. Eier: Kaiser 9-10 A, leichte Ware 11-12 A, beste frische Eierleiter übersteigend 13-14 A. Schmalz und Griaßfette sowie Käse unverändert.

* Pforzheimer Schlachtwiehmärkte vom 9. Febr. Auftrieb: 21 Ochsen (unv. 4), 9 Kühe, 19 Kühe (2), 9 Ferkel, 279 Schweine (18), Marktverkauf: mittelmäßig. — Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 46-48, Kühe 1. 48-52, Ochsen und Kühe 2. 38-42, Rinder 25-42, Ferkel 30-46, Kälber und Schweine 70-73. — Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Holz

* Herrenberg. Der Laub- und Nadelstammholzverkauf am 5. Febr. 1925 erzielte im Durchschnitt 100-192 Proz. der Landesgrundpreise; während die Eichen (beinahe durchweg 3.-6. Kl.) nur bis zu 140 Proz. erzielten, kamen Kiefer und Weißbuchen bis zu 187 Proz. Durchschnittspreis. Fichten erzielten 141 Proz. im Durchschnitt.

Amliches

Oberamtsbezirk Freudenstadt. Die Maul- und Klauenseuche in Hohenbach ist erloschen. Die hierfür angeordneten seuchenpolizeilichen Anordnungen werden aufgehoben. Soweit der Oberamtsbezirk von den seuchenpolizeilichen Vorschriften anderer Oberämter betroffen wird, bleiben diese bis zur Aufhebung durch die zuständigen Oberämter bestehen.

Letzte Nachrichten.

Die bevorstehende Steuerreform.

Reichstag, Berlin, 11. Febr. Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen gab gestern Staatssekretär Popitz einen ausführlichen Bericht über die bevorstehende Steuerreform. Der Staatssekretär machte am Eingang seiner Darlegungen darauf aufmerksam, daß die steuerlichen Gesetzentwürfe im Reichstag einer sehr gründlichen Prüfung unterzogen würden und daß deren Ergebnisse noch abzuwarten seien. Seine Mitteilungen seien also zunächst nur eine Information über die Entwürfe.

Die „neuen“ Feiertage in Sachsen.

Dresden, 10. Febr. Im Landtag wurde der deutsch-nationale Antrag betr. die Aufhebung der neuen sächsischen Feiertage am 1. Mai und 9. November entsprechend dem Bericht des Rechtsausschusses mit 47 Stimmen der Linken gegen 43 der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Des Reichskanzlers Reise nach Stuttgart.

München, 10. Febr. Der Reichskanzler wird morgen vormittag um 8 Uhr die Weiterreise nach Stuttgart antreten.

Druck und Verlag der B. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Altensteig-Dorf.

Fahrnis-Versteigerung.

In der Nachlasssache des früheren Gemeindepfleger Georg Friedrich Kalmbach von Altensteig-Dorf und seiner Ehefrau Eva Maria geb. Kähler kommt die hin'erlassene Fahrnis in deren früherer Behausung am

Montag, den 16. Februar

gegen Barzahlung zur öffentlichen Versteigerung und zwar von vormittags 9 Uhr an:

Kleider- und Leibweißzeug, Bettgewand und Leinwand, worunter 4 Ballen Tuch, 1 Kommode, 2 Kleiderkästen, 1 Sofa, Sessel und sonstiges Schreinerwerk, 6 Mostfässer mit Most, 20-300 Liter haltend, 1 Säulenfaß, 1/2 an einer Brückenwaage, Küchengerät, Feld- und Handgeschirrt und allerlei Hausatzt;

nachmittags um 2 Uhr:

1 Leiterwagen, 1 Dungwagen, 1 Rübenmühle, 1/2 an einer Handdreschmaschine, 3 Kühe, 2 Schweine, Vorräte an Dinkel, Weizen, Roggen, Haber, Kartoffeln, Kohlraben, Obst, Heu, Dehnd, Stroh, Brennholz und 1 Stoß Bretter.



Altensteig-Dorf.

Grundstücks- Versteigerung.

In der Nachlasssache des früheren Gemeindepflegers **Georg Friedrich Kalmbach** von Altensteig-Dorf und seiner Ehefrau **Goa Marie** geb. Kähler kommen die hienach genannten Grundstücke, nämlich

Markung Altensteig-Dorf:

Geb. Nr. 1	5a 33 qm	Wohnhaus mit Scheuer, Holz- u. Streuschopf, Backofen, Schweinestall u. Hofraum, oben im Dorf; Gras-, Baum- u. Gemüsegarten das.
Parz. Nr. 8.	5. 49.	Grasgarten das.
13.	2. 01.	Gras- und Baumgarten das.
15/1.	18. 65.	Gras- und Baumgarten und Acker im oberen Feld,
147.	30. 31.	Acker das.
146.	70. 87.	Acker das.
1.		
146.	50.	Acker das.
2.		
181.	63. 86.	Acker im Langenäckern,
1.		
12.	8. 48.	Wiese oben im Dorf,
190.	33. 18.	Wald im Tannwald,
14.	1. 29.	Grasgarten oben im Dorf.

am Dienstag, den 10. Febr., vorm. 9 Uhr,
Samstag, den 14. Febr., vorm. 9 Uhr und am
Samstag, den 14. Febr., nachm. 2 Uhr **letzmal**
je auf dem Rathause in Altensteig-Dorf zur öffentlichen
Versteigerung.

Den 4. Februar 1925.

Grundbuchamt.

Einladung.

Am Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr,
spricht

Herr Verw. Bauer von Bad Röttenbach
seitiger Kirchentags-Abgeordneter für den Bezirk Nagold,
im großen Saal des Gemeindehauses anlässlich der bevor-
stehenden Wahl zu den hiesigen Wählern.

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen sind dazu
freundlichst eingeladen.

Stadtpfarrer Horlacher.

Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Altensteig.

Billigste Preise: Prima Qualität!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Ab Lager lieferbar:

la Weiß- und Brotmehl
Zucker und Salz

Roggenmehl zu Futterzwecken

Roggenfuttermehl	Rottke-Samen
Leinmehl	Sesammehl
La Plata-Haber	La Plata Mais
Zorfmelasse	Maismehl

Kälberaufzuchtmehl „Trimaltin“
Brockmanns Futterkalk Marke B
in Päckchen zu 1, 2 $\frac{1}{2}$ und 5 Kilogramm.

Ferner:

Thomasmehl	Kalifalz
Kalkstickstoff	Rainit, fein u. grob
Schwefel. Ammoniat	Superphosphat 18%
Roggen und Gerste zum Mahlen	
bezw. zum Brennen geeignet	

Auf demnächst eintreffenden:

Zorfmüll, W-iszuckermehl, Pferde-
melasse, sowie Saathafer, Saatgerste
und Saatweizen

können noch Bestellungen gemacht werden.

Fernsprecher 85.

Geschäftsstel.

Zur Konfirmation u. Kommunion

Kleiderstoffe

 in schwarz, weiss und farbig
Samte Seidenstoffe

Reinhold Hayer, Altensteig

Altensteig
Von frischen Sendungen
empfehle:



Walhoff Bism. Seringe
Marke Delikat und Angelfisch
in 4 Ltr. Dosen Mk. 4.—
u. Mk. 3.50, in 2 Ltr.
Dosen Mk. 2.40
Stück 10 Pfennig

Holländische Bollheringe

Roggen 10, Milchener 15

Rieler Riesen-Büdinge

Pfund 50 Pfg.
5 Pfund Kisten Mk. 2.—

Holländische Sardellen,

Cappern

Holländ. Speisewiebeln

Ital. Knoblauch.

Chr. Burghard jr.

Ein tüchtiger, zuverlässiger

Pferdeknecht

kann sofort eintreten bei

Wilhelm Schill
Baugeschäft, Wildbad.

Attentafchen

in Leder und Imitation
empfiehlt die

B. Rieter'sche Buchbdlg.

Zur

Gäuglings-u.

Rinderpflege

empfehle

Streupuder
Kinderseife extra mild
Kindermehle
Milchzucker chem. rein
Sogletth Zucker etc.
Hygien. Windeln
Gummibettstoff
Gummisauger
Gummischweller
Milchflaschen

sowie sämtl. Artikel für
Bochenbett- und
Krankenpflege

Schwarzwalddrogerie

Fritz Schlumberger
gegenüber dem „Gr. Baum“

Altensteig.
Blumen-Töpfe
und

Töpfergeschirr
Milchschüsseln

in verschiedenen Grössen
(Milch-Entrahmer)

Milch-

Aussehtücher

stets billig zu haben bei

Fritz Bühler jr.

Wegen Verheiratung mei-

nes Mädchens suche für so-

fort ein eheliches, durchaus

zuverlässiges

Mädchen

nicht unter 20 Jahren,
welches in der Haushaltung
bewandert ist

Wegerei und Gasthaus
z. Sonne, Edhausen.

Als zweites

Mädchen

wird für Haus und Bei-
hilfe in der Landwirtschaft
ein Mädchen, das schon
gedient hat, in Dauerstel-
lung gesucht von

Frau Major Leibrock,
Wart.

Ein 9 Jahr altes, starkes

Pferd
verkauft mit aller
Garantie. — Wer? sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Nichthalben.

4 Stück

Ranarienböhnen

hat zu verkaufen

M. Grohmann.

Lehrverträge

sind zu haben in der

W. Rieter'schen Buchh.

gegenüber dem „Gr. Baum“

Nach Altensteig wird ein ordentliches

Mädchen

für Küche und Haushalt gesucht, das möglichst
schon gedient hat. Zu erfragen bei der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Für Konfirmanden

in grosser Auswahl

Kleiderstoffe
schwarz u. farbig

Anzugstoffe
blau, marengo, schwarz
und dunkelgemustert

Kleidersamt

Krawatten

Wäsche : Schürzen : Handschuhe : Hosenträger : Taschentücher : Strümpfe : Socken

Niederste Preise

Gustav Wucherer, Altensteig

Zum Weinablaß

empfehlen wir unser bestfortiertes Lager in
erstklassigen

1923er und 1924er Spanier
und **Tiroler Bernsteintweinen**
zu sehr mäßigen Preisen

Berg & Schmid

Nagold.

Scheitel-
mattierung
blond, liefert

Schwarzwalddrogerie

Fritz Schlumberger

Altensteig.

Altensteig.
Empfehle aus frischen
Sendungen

Walnüsse

prima Qualität
1 Pfd. 40 Pfg.

Orangen

Speisewiebel
frische Eier

Lorenz Luz jr.